

Pressemitteilung

Den Worten Taten folgen lassen

Regierungspräsident lädt SPD zum

Erörterungstermin "Rastanlage-Ost" ein

Bei Worten alleine wollte es die Lorsch SPD nicht belassen, nachdem sie gemeinsam mit Sprechern der Bürgerinitiative gegen die Erweiterung der Rastanlage Lorsch-Ost bei einem Ortstermin die Problematik erörtert hatte (wir haben berichtet). Fraktionssprecher Rolf Scheyhing hatte die Ergebnisse des Ortstermins zusammengefasst und dem Regierungspräsidenten geschrieben, was nach Ansicht der Bürgerinitiative und der Sozialdemokraten gegen die geplante Erweiterung spricht.

Der Regierungspräsident (die zuständige Abteilung III 33.1) hat sich mit diesem Schreiben befasst und eine Antwort erteilt, die Hoffnung macht. Offiziell geht es, so kann man dem Amtsdeutsch im Betreff des Briefes entnehmen, um das Anhörungsverfahren für die "Planfeststellung für den Umbau und die Erweiterung der Tank- und Rastanlage Lorsch (Ostseite) mit Anlage einer neuen Beschleunigungsspur an der Richtungsfahrbahn Mannheim – Darmstadt der Bundesautobahn 67, zwischen BAB-km 49,600 und BAB-km 48,985 in der Gemarkung Lorsch der Stadt Lorsch einschließlich notwendiger Folgemaßnahmen".

Zumindest kann man dieser Aussage entnehmen, dass die geplante Maßnahme eine Länge von 615 Metern hat. Der Regierungspräsident wertet das Vorbringen der SPD als Einwendung gegen das geplante Vorhaben. Obwohl die Einwendungsfrist bereits am 26. Juli 2005 verstrichen war, habe er das Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Frankfurt gebeten, sich inhaltlich mit den Einwendungen auseinander zu setzen. Außerdem beabsichtige er, die Lorsch SPD zu dem noch durchzuführenden Erörterungstermin einzuladen.

Diese Aussage wertete Fraktionssprecher Rolf Scheyhing als durchaus positiv. Jetzt werde man der Bürgerinitiative das Angebot machen, gemeinsam den Anhörungstermin wahr zu nehmen und die gewichtigen Gegenargumente vorzutragen. Man müsse alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, hier das Optimale für die Lorsch Bürger herauszuholen. Mit plakativen Aktionen alleine sei das nicht möglich. Sachargumente überzeugten zuständige Behörden eher als flotte Sprüche, war sich Rolf Scheyhing sicher.